

Opel droht Abfuhr bei Staatshilfe

Für den Autobauer Opel wird es eng. Die Aussichten der deutschen Tochter des US-Konzerns General Motors (GM) auf die beantragten staatlichen Sanierungs-Hilfsgelder aus dem Deutschlandfonds schwinden. Die deutsche Tochter schrieb 2008 rote Zahlen und erfüllt damit nicht die Kriterien.

von Carsten Herz



Opel-Chef Nick Reilly muss bei den beantragten Staatshilfen für Opel mit einer Abfuhr rechnen. Quelle: Reuters

FRANKFURT. Laut dem aktuellen Abschluss der Adam Opel GmbH, den die Rüsselsheimer bisher von der Öffentlichkeit unbemerkt vor wenigen Tagen im Bundesanzeiger veröffentlichten, schrieb der Autobauer mit einem Jahresfehlbetrag von 1,1 Mrd. Euro bereits im Geschäftsjahr 2008 tiefrote Zahlen.

Die Ziffern verstärken Zweifel, ob Opel die strengen Kriterien für die beantragten Staatsgelder erfüllt. Unternehmen müssen für Gelder aus dem Deutschlandfonds nachweisen, dass sie zum 1. Juli 2008 noch keine wirtschaftlichen Probleme hatten. Die Regelung ist auf Opfer der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise begrenzt. Opel ist aber - wie die Zahlen beweisen - bereits seit Jahren ein Krisenfall. Schon dem Handelskonzern Arcandor waren deshalb Gelder aus dem Fonds verwehrt worden. Ein Opel-Sprecher betonte, der Handelsgesetzbuch-Abschluss sei nicht das maßgebliche

Zahlenwerk für GM Europa.

Experten prüfen Sanierungsplan

Dennoch erhalten die Hoffnungen von Opel-Chef Nick Reilly auf Hilfen aus dem Deutschlandfonds einen herben Dämpfer. GM hatte Anfang Februar Gelder aus dem Topf beantragt, der vom Bund für notleidende Firmen in der Wirtschaftskrise aufgelegt worden war. Der im vergangenen März ins Leben gerufene Deutschlandfonds ist mit 115 Mrd. Euro gefüllt. Für die Bundesregierung durchleuchtet derzeit die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse-Coopers den Opel-Sanierungsplan, bevor Bund und Länder dann über den GM-Antrag auf eine Staatsbürgschaft von 1,5 Mrd. Euro entscheiden.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle mahnte GM am Dienstag indirekt zu einem höheren Beitrag zur Sanierung von Opel. "Ich habe viel Verständnis für diese Forderung", sagte der FDP-Politiker.

GM hat Anfang Februar bei den EU-Staaten mit Opel-/Vauxhall-Werken Staatshilfen in Höhe von insgesamt 2,7 Mrd. Euro beantragt. Allein Deutschland soll davon etwa 1,5 Mrd. stemmen - in Form von Garantien von Bund und Ländern mit Opel-Standorten. Seinen Eigenbeitrag von 600 Mio. Euro sieht GM dagegen durch die Rückzahlung des deutschen Brückenkredits bereits als geleistet an.

Die Bundesregierung hat jedoch erhebliche Zweifel an dem Opel-Sanierungskonzept des US-Autokonzerns und dringt - ebenso wie die Opel-Arbeitnehmervertreter - auf einen höheren Eigenbeitrag von GM, auch um eine drohende Überschuldungsgefahr für Opel abzuwenden. Reilly hatte Forderungen nach einem höheren GM-Beitrag wiederholt mit der Begründung zurückgewiesen, Opel sei ein europäisches Unternehmen. Die liquiden Mittel der US-Mutter seien das Geld amerikanischer Steuerzahler.

Doch selbst die Wirtschaftsprüfer von Warth & Klein, die im Auftrag von Opel den Plan prüften, sehen die Gefahr einer Überschuldung nicht geahnt.

Drohende Überschuldungsfalle

Opel sei nach den jetzigen Planungen auch 2013 noch überschuldet, sagte Manfred Hunkemöller, Leiter des Fachbereichs Sanierungs- und Insolvenzmanagement an der ISM International School of Management. Opel könne durch staatliche Kredite Ende 2013 zwar liquide sein. Die Insolvenzantragspflicht wegen Überschuldung wäre aber programmiert, weil dann die alte Überschuldungsregelung wieder in Kraft trete. Ohne eine erneute Änderung des Insolvenzrechts sieht er Opel in der "Überschuldungsfalle". Wie der jüngste Abschluss zeigt, war das Eigenkapital bereits 2008 auf 200 Mio. Euro geschmolzen, was einer Eigenkapitalquote von 2,6 Prozent entspricht. In der Regel beträgt der Anteil in vergleichbaren Industrieunternehmen mindestens 20 Prozent.

Neue Gespräche

Verhandlungen: Die stockenden Gespräche über die Zukunft von Opel nehmen wieder Schwung auf: Das Management und der europäische Betriebsrat werden nach Informationen des Handelsblatts aus Konzernkreisen noch in dieser Woche die Beratungen über die Zukunft des Autobauers wieder aufnehmen.

Streitpunkt: Das Management verlangt von den Mitarbeitern einen Sanierungsbeitrag von jährlich 265 Mio. Euro in den Jahren 2010 bis 2014. Betriebsräte und Gewerkschaften lehnen diese Forderung bislang ab - unter anderem, weil sie das Aus für den belgischen Standort Antwerpen nicht mittragen wollen.

Angebot: Mit einem Angebot für moderate Stellenstreichungen will der Opel-Betriebsrat von Antwerpen das von der Schließung bedrohte belgische Werk noch retten. Am Dienstag berieten in Brüssel die Chefs der europäischen Gewerkschaften.

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).